

## 054. Sitzung des 6. Sächsischen Landtages, 17.05.2017

### Rede von MdL Luise Neuhaus-Wartenberg während der Aktuellen Debatte auf Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema: „Soziale Gerechtigkeit im Osten – wie steht es um die soziale Absicherung von Selbstständigen in Sachsen?“

#### Auszug aus dem Stenografen-Protokoll

Sehr geehrter Herr Präsident, herzlichen Dank!  
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

In der medialen Öffentlichkeit greift scheinbar nun doch die Erkenntnis, dass häufig Selbstständigkeit und Armut irgendwie zusammenhängen. Ich erinnere zum Beispiel an den Beitrag des ARD-Magazins „Plusminus“ vom 3. Mai dieses Jahres „Selbstständig in Armut“.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es war scheinbar ein Fehler, die Sozialsicherungssysteme hauptsächlich auf die abhängig Beschäftigten auszurichten. Die Krankenkassenverbände beklagen steigende Beitragsschulden, gerade bei den Selbstständigen. Die Antwort auf eine Anfrage meiner Kollegin Susanne Schaper war: Wir reden über 80 000 Menschen in Sachsen, davon meist Selbstständige, die den Krankenkassen die Beiträge schulden.

Selbst Arbeitsministerin Andrea Nahles warnt vor Altersarmut bei ehemals Selbstständigen. Was von ihrem Vorschlag zu halten ist, Selbstständige in die Rentenversicherung zu zwingen, dazu komme ich gleich.

Zunächst ein paar Worte zur Gesundheitsvorsorge von Selbstständigen. Die Beiträge zur Gesetzlichen Krankenkasse werden nicht nach dem Einkommen der Selbstständigen berechnet; vielmehr gilt für ebendiese die sogenannte Mindestbemessungsgrundlage. Dabei wird von einem monatlichen Einkommen von 2231 Euro ausgegangen, bei Existenzgründung und in Härtefällen sind es 1 487 Euro. Darunter geht nichts mehr. Das heißt, je geringer das Einkommen, desto höher der Anteil der Krankenkassenbeiträge. Deshalb geraten viele mit ihren Beitragszahlungen in Rückstand und die Folge ist eine eingeschränkte gesundheitliche Versorgung.

Das darf nicht sein und hier müssen Änderungen her, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den LINKEN)

Deshalb fordern wir in einem ersten Schritt, dass sich der Mindestbeitrag nach der Geringfügigkeitsgrenze - aktuell 450 Euro im Monat - bemisst und dass sich der Beitrag ab dieser Grenze nach dem tatsächlichen Einkommen richtet, und das bitte punktgenau. Das ist, wie gesagt, nur ein erster Schritt; denn eigentlich wollen wir LINKE eine Krankenkasse für alle, eine Krankenkasse, in die alle einzahlen, auch die gut und sehr gut Verdienenden.

(Beifall bei den LINKEN)

Nun zum Problem der Altersvorsorge. Lediglich ein Viertel der Selbstständigen ist in ein

obligatorisches System der Altersvorsorge einbezogen. Nun will Arbeitsministerin Nahles sie in die Kassen zwingen. Doch genauso wie bei den Krankenkassenbeiträgen gilt - und das übersieht Frau Nahles meiner Meinung nach an dieser Stelle -: Selbstständige sind nicht so schlecht kranken- oder kaum bis gar nicht rentenversichert, weil sie nicht zahlen wollen, sondern weil sie es schlichtweg nicht können.

Gerade hier im Osten nach 1990 - das muss ich Ihnen nicht erklären - haben Leute oft aus der Not eine Tugend gemacht, haben sich selbstständig gemacht, haben angefangen, 60 bis 70 Stunden in der Woche zu arbeiten, haben so gut wie nie Urlaub gemacht, haben ihre Ehefrau oder ihren Ehemann als Buchhalterin oder Buchhalter angestellt, ihre Kredite fleißig abbezahlt und auch sehr redlich Steuern bezahlt.

Bei all den Amplituden, unterschiedlichen Marktlagen usw. usf. der letzten 27 Jahre - auch das muss ich Ihnen nicht erklären - blieb schlichtweg bei vielen für die Altersvorsorge nichts übrig, und ihr Betrieb war ihre Altersvorsorge; so war zumindest ihr Plan.

Jetzt reden wir genau über die Flächenlandkreise. Wenn man am Ende des Arbeitslebens genau diesen Betrieb eben nicht verkauft bekommt - das scheinen keine Einzelfälle mehr zu sein; es hat auch etwas mit der Infrastruktur in der Fläche zu tun, dass nicht mehr so viele Leute solche Betriebe kaufen wollen -, dann reden wir genau an der Stelle über Altersgrundsicherung. Wir reden von den Selbstständigen, die aus Scham oder Stolz noch nicht einmal diese Altersgrundsicherung in Anspruch nehmen und so lange arbeiten, bis es gar nicht mehr geht. Unserer Meinung nach darf ein Lebensabend so nicht aussehen, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den LINKEN)

Meine Fraktion hatte Ende März zu einer Veranstaltung zu genau diesem Thema eingeladen. Mehr als 50 Gäste waren erschienen. Sie werden verwundert sein: Mehr als 30 Leute waren Selbstständige, und zwar wirklich aus der Wirtschaft. Was ich dort zu hören bekam, war zuweilen gruselig. Den Leuten graut vor Alter und Krankheit, und sie fühlen sich allein gelassen. Oder sie nehmen es mit Galgenhumor wie ein fast 70-jähriger Handwerker aus Zittau, der meinte, sich nächstens in seinen Transporter einen Sarg zu stellen, um fix hineinspringen zu können, wenn es so weit ist.

Das Problem Altersarmut, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ist kein zukünftiges, sondern meiner Meinung nach ein bereits vorhandenes.

Was nun tun? Zuerst wäre es schlau, das Problem überhaupt anzuerkennen. Wir reden in Sachsen von über 220000 Selbstständigen; 56 % von ihnen sind Solo-Selbstständige. Wir fordern, in einem ersten Schritt auf die fiktiven Arbeitnehmerbeiträge bei der Renten-, aber auch bei der Arbeitslosen- und der Pflegeversicherung zu verzichten. Die Staatsregierung - das zeigen die Antworten auf Kleine Anfragen von mir - fühlt sich an dieser Stelle nicht zuständig, weil es sich um ein Bundesthema handele. Aber die Bundesregierung fühlt sich irgendwie auch nicht zuständig bzw. sie sagt, es gebe keinen Handlungsbedarf.

Trotzdem gab es im Bundesrat jüngst eine Initiative dreier Regierungen. Mich würde interessieren, wie die Sächsische Staatsregierung abgestimmt hat.

Aber sei es drum! Es wäre schön, wenn wir uns darum kümmern würden. Die Selbstständigen haben uns gesagt - das ist mittlerweile auch Thema in den Kammern -, dass eine Mindestrente von 1 050 Euro ein ganz vernünftiger Schritt wäre.

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Bitte zum Ende kommen!

**Luise Neuhaus-Wartenberg, DIE LINKE:** Ja. - Es wäre schön, wenn wir jetzt nicht wieder über „Jammer-Ossis“ oder die Misswirtschaft in der DDR reden, sondern uns einfach einmal einem Problem nähern würden, das wir jetzt haben.

Danke schön.

(Beifall bei den LINKEN)

### Kurzintervention

**Luise Neuhaus-Wartenberg, DIE LINKE:** Danke, Frau Präsidentin.

Ich möchte zwei Dinge noch einmal klarstellen. Erstens hat dies nichts mit einer Ost-West-Debatte zu tun oder damit, dass wir unseren Anspruch als Regionalpartei wiedergefunden haben.

(Alexander Krauß, CDU: Das steht im Titel drin!

- Zuruf des Abg. Rico Gebhardt, DIE LINKE)

Genau so ist es. Herr Krauß, wer lesen kann, ist klar im Vorteil.

Herr Vieweg, es geht darum, dass die Generation, die sich nach dem Jahr 1990 selbstständig gemacht hat, in dem Alter ist. Deswegen reden wir jetzt über diesen Zeitpunkt. Das möchte ich zum ersten Punkt sagen.

Zweitens wurde meine Frage nicht beantwortet, die ich vorhin gestellt hatte. Drei Länder haben etwas in den Bundesrat zum Thema Krankenversicherung eingebracht. Es ist mit Mehrheit dort beschlossen worden. Ich habe keine Antwort darauf bekommen, wie sich die Sächsische Staatsregierung an dieser Stelle verhalten und abgestimmt hat. Das würde mich interessieren.

(Beifall bei den LINKEN)